

«Wasserstadt» verliert an Boden

Altlasten Alternativen zum teuren Aushub des Solothurner Stadtmists werden geprüft

Dass der Solothurner Stadtmist, eine der grössten Altlasten in der Schweiz, saniert werden muss, ist unbestritten. Wie, ist aber plötzlich wieder offener – und damit auch die Ausgangslage für die auf der ehemaligen Kehrichtdeponie geplante «Wasserstadt».

STEFAN FRECH

220 Mio. Franken. Diese Zahl ist hoch, sehr hoch sogar. Entsprechend sorgte sie bei den Verantwortlichen von Bund, Kanton und Stadt Solothurn für leeres Schlucken, als sie die Projektstudien eines von der Stadt beauftragten Ingenieurbüros lasen. Dieses schätzt die Kosten des Aushubs und der Entsorgung des im Südwesten Solothurns vergrabenen Stadtmists (siehe Kasten unten) auf 100 bis 220 Mio. Franken. Das würde bedeuten, dass der Bund bis zu 88 Mio. Franken (40 Prozent), der Kanton 77 Mio. (35 Prozent) und die Stadt Solothurn, die Hauptverursacherin des «Drecks», mit 55 Mio. Franken den grössten Teil der Restkosten an die Sanierung bezahlen müsste – falls der vergiftete Untergrund auch tatsächlich ausgehoben und entsorgt wird. Davon gingen bisher eigentlich alle aus; der Aushub der ehemaligen Kehrichtdeponie ist auch die unabdingbare Voraussetzung für den auf dem Areal geplanten Bau einer Wasserstadt mit rund 200 Häusern.

Zu hohe Ungenauigkeit der Kosten

Angesichts der Höhe und der Ungenauigkeit der prognostizierten Kosten schrillten jedoch die Alarmglocken auf dem Bundesamt für Umwelt (Bafu), dem kantonalen Amt für Umwelt (AfU) und dem Stadtbauamt. Die Projektstudie konzentrierte sich zu stark auf den Aushub als Sanierungsmethode, lautete die Kritik vor allem in Bern. Alternativen seien zu früh ausgeschlossen worden. «Der Bund, aber auch wir und die Stadt wollen keine Luxusvariante», sagt Martin Brehmer, Leiter der Abteilung Boden im AfU. «Wir sind nur verpflichtet, uns an der kostengünstigsten machbaren Sanierungsmethode zu beteiligen.»

Nach der Lektüre der Projektstudien blieben aber noch weitere entscheidende Fragen offen. So ist weitgehend unklar, wo und wie das abgetragene und abtransportierte Erdmaterial entsorgt werden kann. Anfang Jahr hat der Bundesrat die Vorschriften für Deponien derart verschärft, dass Abfälle mit hohem Anteil an organischem Material gar nicht in der Schweiz entsorgt werden können. Es bliebe nur der teure Export ins Ausland. Ein Aus-



SOLOTHURN Nur wenn der Stadtmist ausgehoben und entsorgt wird, kann auf dem Areal die «Wasserstadt» der Architekten Herzog & de Meuron gebaut werden. MADDALENA TOMAZZOLI HUBER

hub des Stadtmists bringt zudem den Nachteil mit sich, dass jahrelang Lärm und Gestank entstehen. Das Areal befindet sich unmittelbar neben einem Wohngebiet.

Persönlich ist Martin Brehmer nach wie vor der Meinung, dass ein Aushub das Beste wäre. «Das muss aber zunächst hieb- und stichfest bewiesen werden.» Denn es gibt mögliche Alternativen: Nur Teile des Stadtmists werden ausgegraben – oder das gesamte Areal wird mit einer undurchlässigen Schicht (z.B. Beton) überdeckt und an den Rändern das Sickerwasser abgepumpt. «Die grosse Frage ist aber, ob eine solche Lösung billiger käme. Man müsste die Pumpen vielleicht 100 Jahre oder länger laufen lassen.»

Promotoren sind verärgert

«Die Sanierung des Stadtmists ist eine Riesensache und komplexer als zunächst gedacht», räumt Brehmer vom AfU ein. Angesichts der Dimensionen und der vielen offenen Fragen hat der Kanton beschlossen, einen externen Projektmanager anzustellen. Im Herbst wird das Amt für Verkehr und Tiefbau die Stelle öffentlich ausschreiben. Der neue «Mister Stadtmist» wird das gesamte Sanierungsprojekt nochmals unter die Lupe nehmen und Alternativen prüfen.

Diese Verzögerung von ein bis zwei

Jahren kommt den Promotoren der Wasserstadt natürlich ungelegen: «Es ist ärgerlich, dass wir nicht schneller vorwärts kommen, denn wir sind bereit», sagt Ivo Bracher, Verwaltungsratspräsident der «wasserstadtsolothurn AG». «Es existiert ein riesiges Interesse für die geplanten Häuser und Wohnungen: Wir haben bereits 250 Interessenten, wovon 40 Prozent ausserhalb des Kantons wohnen und künftig hier Steuern zahlen würden.» Ivo Bracher ist denn auch überzeugt, dass der Mehrwert der Wasserstadt die Sanierungskosten bei Weitem übertreffen wird. Zum einen werde der Stadtmist, «eine tickende Zeitbombe», für immer unschädlich gemacht, neuer Erholungsraum für alle geschaffen und die Stadt könne sich attraktiv nach Westen weiterentwickeln. «Das Projekt von Herzog & de Meuron wird zu einem Wahrzeichen der Stadt, wie die St.-Ursen-Kathedrale.» Zum andern werden damit beste Steuerzahler im Kanton und der Stadt angesiedelt. «Das ist aktivste Wirtschaftsförderung.» Bracher spricht insgesamt von einem Mehrwert von mehreren hundert Millionen Franken und ist deshalb zuversichtlich, dass die Behörden einem Aushub des Stadtmists zustimmen werden.

Noch lange kein Haus am Wasser

Falls Bund, Kanton und Stadt in

TICKENDE ZEITBOMBE

Die ehemaligen Kehrichtdeponien auf dem Spittelfeld und dem Unterhof im Südwesten der Stadt Solothurn bilden die grösste Altlast im Kanton Solothurn. Aufgrund der Menge der kontaminierten Erde (350 000 Kubikmeter) und der Gefährlichkeit der darin enthaltenen Schadstoffe gehört der «Stadtmist» zu den teuersten Sanierungsstandorten in der gesamten Schweiz (inklusive Kolliken AG und Bonfol JU). Im Solothurner «Stadtmist» befinden sich keine hochgiftigen Stoffe wie in Kolliken. Aus den zwischen 1935 und 1976 abgelagerten Siedlungs-, Spital- und Industrieabfällen sickern aber ständig Schwermetalle, chlorierte Kohlenwasserstoffe wie das krebserregende Vinylchlorid und weitere Schadstoffe ins Grundwasser und die Aare. (SFF)

rund zwei Jahren auch tatsächlich grünes Licht für den Aushub des Stadtmists geben, nimmt die Submission nochmals rund ein Jahr in Anspruch. Danach kommen die konkreten Sanierungsarbeiten, die laut Brehmer «zwei bis vier Jahre dauern». Parallel dazu könnte dann die Wasserstadt gebaut werden. Vor dem Jahr 2015 wird aber kaum ein Haus am Aarewasser bezugsbereit sein.

Meine Meinung



PETER V. KUNZ

Meine Eltern

MEINE LIEBEN ELTERN, Victor und Marie Kunz-Marti, sind schon seit 55 Jahren glücklich verheiratet und leben seit 45 Jahren zufrieden in Dulliken; die meisten guten Freunde kennen sie bereits seit Jahrzehnten. Diese Tatsachen belegen nicht zuletzt eine Qualität, die mir heute recht selten erscheint, nämlich: Beständigkeit.

UNSERE ELTERN haben meine Schwester Sylvia und mich während Kindheit und Jugend weitere Werte gelehrt, die mir geradezu unverzichtbar für das Leben erscheinen – dazu später.

DIE MEISTEN LESER dieser Kolumne dürften von mir sicherlich etwas Juristisches im Allgemeinen oder etwas Wirtschaftsrechtliches im Besonderen erwarten, also Stichworte wie «UBS» oder «Abzocker» oder «Too big to fail» oder etwas Ähnliches. Zwar hat das Sommerloch diese Aktualitäten (zum Glück!) etwas verdrängt, doch die Probleme bestehen weiterhin, sind und werden nicht gelöst – und kommen früher oder später wieder zurück ...

WESHALB SCHREIBE ICH dann also heute darüber, wie ich die Erziehung meiner Eltern erlebt habe? Antwort: Viele Probleme in Wirtschaft (und Politik) könnten – nach meiner Ansicht – vermieden werden, wenn gewisse minimale Wertmassstäbe in früher Kindheit vermittelt und verinnerlicht würden. Die Geburt eines Kindes ist der wahre Beginn der elterlichen Verpflichtung. Nennen Sie mich naiv, aber wie sollte «Peter» wissen, was «Peterli» nie gelernt hat?

SELBST UNTER meinen Jus-Studenten dürfte es viele Jungakademiker geben, die zwar wissen, dass die Vize-Miss Alphon 2006 zurzeit Liebeskummer hat, die aber den Namen der Bundespräsidentin nicht kennen ... ja, dies macht mir Angst! Und was haben mich nun meine Eltern gelehrt (und wäre wünschbar für Wirtschaft und Politik):

DER SCHNELLE WEG erweist sich nicht immer als der beste; Zivilcourage gehört zu den wichtigsten Tugenden; Geradlinigkeit zahlt sich im Leben früher oder später aus; Rückgrat zu zeigen, ist oftmals nicht einfach, aber unverzichtbar; wahre Loyalität kann kaum genug betont werden; weder Geiz noch Gier sind wirklich «geil»; es lohnt sich, Ausdauer zu zeigen und nicht bereits nach ersten Schwierigkeiten aufzugeben; eine gute Ausbildung ist unerlässlich; und insbesondere für die Juristen unter uns: nicht alles, was legal ist, ist richtig.

WER DIESE PRINZIPIEN als Plattitüden niedermacht, vergisst, dass wir ursprünglich auf solche klassischen «Schweizer Tugenden» stolz gewesen sind und sie nicht arrogant belächelt haben.

ICH WILL NICHT moralisieren. Doch gerade die Wertmassstäbe der Jungen scheinen etwas durcheinander geraten. Nicht jede oder nicht jeder muss Sänger oder Schauspieler oder «Supermodel» werden – auch für die heutige «Generation Casting» sollten eine Berufslehre oder eine Matura mit anschliessendem Studium erstrebenswerte Ziele bleiben.

SO, DAS WARS ... Das nächste Mal schreibe ich wieder über die «Europäisierung des Schweizer Rechts» oder über «Das schweizerische Recht im internationalen Kontext» (oder etwas ähnlich Professoraless), um die berechtigten Erwartungen der Kolumnenleser zu erfüllen. Heute bleibt mir gegenüber meinen Eltern nur noch etwas zu sagen (ebenfalls im Namen von Sylvia): lieber Memeler und lieber Delder, besten Dank – für alles!

Prof. Dr. Peter V. Kunz ist Rechtsanwalt und Ordinarius für Wirtschaftsrecht sowie für Rechtsvergleichung an der Universität Bern. Er wuchs in Dulliken auf und war dort von 1989–1997 Friedensrichter und Gemeinderat, von 1993–1997 auch Solothurner Kantonsrat.

Nachrichten

«Keine Hexerei»

Das Ausfüllen der Steuererklärung stelle für junge Steuerpflichtige, deren wirtschaftliche Verhältnisse «in der Regel noch recht einfach sind», keine Hexerei dar, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage von Alexander Kohli (FDP, Grenchen). Dieser hatte wissen wollen, wie die Regierung die Situation bei der Ausbildung in Berufs- und Maturitätsschulen in Bezug auf die Steuerpflicht und das Ausfüllen der Steuererklärung beurteilt. Der regierungsrätliche Befund: «Die Funktion von Steuern und der Umgang mit der Steuerpflicht und der Steuererklärung werden unseres Erachtens an den Berufsschulen wie auch an den Mittelschulen angemessen behandelt. Die erforderlichen Zeitgefässe und Lehrmittel sind vorhanden.» Die Regierung kann deshalb «keinen weiteren Handlungsbedarf» erkennen. (OTR)

854 Altlasten im Kanton werden untersucht

Belastete Böden Auf Eigentümer und Amt für Umwelt wartet viel Unangenehmes

Beim Solothurner «Stadtmist» weiss man, welche Abfälle im Untergrund liegen und welche Schadstoffe ins Grundwasser gelangen. Für die meisten belasteten Böden im Kanton steht man aber noch am Anfang.

In den letzten zwei Jahren hat das Amt für Umwelt (AfU) 854 Standorte ausgeschieden, die genauer untersucht und allenfalls saniert werden müssen. Darunter befinden sich 586 Betriebsstandorte (¼ Firmenareale und ¾ Kugelfänge von Schiessanlagen), 263 Kehrichtdeponien und 5 Unfallstandorte. Die Eigentümer dieser Standorte werden in den kommenden zehn Jahren aufgefordert, zunächst eine so genannte historische Untersuchung ihrer Grundstücke auszuführen. In Archiven oder Gesprächen mit ehemaligen Mitarbeitern wird eruiert, was wann wo genau in den Untergrund gelangt ist bzw. gelangt sein könnte. Falls dabei kritische Anhaltspunkte ans Tageslicht kommen, ordnet das AfU zusätzlich ei-

ne technische Untersuchung an: Es wird also mit Boden- und Wasserproben geprüft, ob Grenzwerte überschritten werden. Je nach Schadstoffen und ihrer Konzentration wird dann vom AfU eine Sanierung verfügt oder nicht. Warum lässt sich das AfU zehn Jahre Zeit, um alle Altlastenbesitzer zu einer Untersuchung anzuhalten? «Aus personellen Gründen können wir nicht mehr als etwa 85 Eigentümer jährlich anschreiben und begleiten», erklärt Martin Brehmer, Leiter der Abteilung Boden im AfU. «Dieses Vorgehen entspricht den zeitlichen Vorstellungen des Gesetzgebers, der bei der Altlastenbearbeitung von einer Generationenaufgabe spricht.»

Die 850 untersuchungsbedürftigen Standorte im Kanton wurden vom AfU nach ihrer potenziellen Gefährlichkeit in eine Prioritätenliste gesetzt – je nach Nähe zu einem Grundwasserschutzgebiet, Gefährlichkeit der Schadstoffe oder Grösse der Deponie. Vor zwei Wochen hat das AfU nun die Eigentümer der 50 potenziell gefährlichsten Standorte angeschrieben und sie aufgefor-

dert, innerhalb von sechs Monaten eine historische Untersuchung durchzuführen. Bei den «Top 50» handelt es sich um 34 Deponien und 16 Betriebe (6 Firmen und 10 Kugelfänge). Unter den «Top 20» befinden sich grösstenteils die vor langer Zeit stillgelegten Kehrichtdeponien in den früheren Kiesgruben des Niederamts und des Wasseramts.

«Grosse Sondermülldeponien wie Kolliken werden im Kanton Solothurn nicht an den Tag kommen», sagt Hans Peter Kleiber von der Fachstelle Altlasten im AfU. Problematisch und für den früheren Industriekanton typisch sind aber die vielen mit Chlor-Kohlenwasserstoffen (CKW) verunreinigten Standorte. «Das hat mit dem hohen Anteil der feinmechanischen Industrie (Décolletage) bis in die 1970er-Jahre zu tun», erklärt Kleiber. «In den Zulieferern der Uhrenindustrie wurde oft mit Entfettern gearbeitet, deren Rückstände dann in Deponien geworfen wurden.» Die CKW im Boden gelangen ins Wasser und die Nahrungskette. Beim Menschen können sie Krebs auslösen. (SFF)